

2. Theoriephase

- Wahlrechtsgrundsätze
- Parteien
- Verfassungsrecht und Gesetz im formellen und materiellen Sinn
- Nationalrat
- Stufenbau der RO
- Verwaltung – Bundespräsident
- Grundsätze der Verwaltung
- Kennzeichen der Verwaltungsorgane
- Hoheitsverwaltung –
Privatwirtschaftsverwaltung
- Bundesverwaltung
(Bundesregierung, Bundespräsident)
- Landesverwaltung

Am 3. Juli waren rund 44.000 St. Pöltener berechtigt, den Gemeinderat zu wählen.

- Welche **Wahlrechtsgrundsätze** kennt das B-VG?
 - Gleiches Wahlrecht
 - Unmittelbares Wahlrecht
 - Persönliches Wahlrecht
 - Freies Wahlrecht
 - Geheimes Wahlrecht
 - Allgemeines Wahlrecht
 - Verhältniswahlrecht

X beschließt, eine politische Partei zu gründen und bei der nächsten LT-Wahl in NÖ anzutreten.

- Wie wird eine **politische Partei** gegründet? Wann erlangt die politische Partei Rechtspersönlichkeit?
- Verbietet die Verfassung in Österreich einzelne politische Parteien?
- Welchem **Grundprinzip** der österreichischen Bundesverfassung entspricht das Parteiengesetz mit der freien Bildung und Existenz politischer Parteien?
- Benötigt X eine politische Partei, um bei der Landtagswahl antreten zu dürfen?
- Ist Art I des Parteiengesetzes **Verfassungsrecht** im formellen und/oder im materiellen Sinn?

Gesetze im formellen und im materiellen Sinn

- Gesetz im materiellen Sinn → **generelle** Norm
 - Verordnung → **generelle** Norm einer **Verwaltungsbehörde**
- Gesetz im formellen Sinn → Norm eines **Gesetzgebungsorgans**
- Gesetz im formellen und im materiellen Sinn:
 - **generelle** Verhaltensanordnung eines **Gesetzgebungsorgans**

Der Nationalrat

- Besteht eine gesetzlich vorgesehene **Funktionsperiode** für den Nationalrat und wenn ja, wann endet diese?
- Aus welchen Gründen ist eine **vorzeitige Beendigung** der Funktionsperiode möglich?
- Die Abgeordneten zum Nationalrat sind wie die Abgeordneten des Bundesrates und der Landtage beruflich und außerberuflich **immun**. Wovor schützt die berufliche Immunität?
- Was ist der „**Klubzwang**“ und wie ist er rechtlich einzuordnen?

Die Gesetzgebungsorgane NR, BR und LT erlassen sowohl einfache als auch Verfassungsgesetze. Wie lassen sich diese im Stufenbau der Rechtsordnung eingliedern?



Verfassungsrecht im formellen Sinn (Baugesetze!)

Einfache Gesetze

Verordnungen

Urteile, Beschlüsse, Bescheide, Maßnahmen

Vollstreckungsakte

Stufenbau der Rechtsordnung

- Gemäß § 11 des vom burgenländischen Landesgesetzgebers beschlossenen Gesetzes vom 20. Juni 1979 über den Ausschank von selbsterzeugtem Wein, Obstwein, Trauben- und Obstmost (Buschenschankgesetz, LGBl Nr. 1979/57) tritt mit Inkrafttreten dieses Gesetzes das Buschenschankgesetz LGBl Nr. 1957/8 außer Kraft.
- **Wie nennt man den „terminus technicus“ der oben genannten Anordnung über das Außerkrafttreten des Buschenschankgesetzes LGBl Nr. 1957/8?**

Überblick - Grundprinzipien der österreichischen Verfassung

- Bundesstaatliches Grundprinzip
- Demokratisches Grundprinzip
- Rechtsstaatliches Grundprinzip
- ???
- **Republikanisches Grundprinzip**

Bundespräsident Heinz Fischer stellte sich im April letzten Jahres der Wiederwahl und wurde vom Wahlvolk in seinem Amt bestätigt.

- Nach welchen Grundsätzen erfolgt die **Wahl zum Bundespräsidenten**?
- Wie lange beträgt nach derzeit geltendem Recht die **Amtszeit** des Bundespräsidenten? Könnte Heinz Fischer nach Ablauf dieser Funktionsperiode erneut kandidieren?
- Wie könnte die derzeit geltende Amtsdauer **geändert** werden?
- Könnte die Verlängerung der Amtszeit des Bundespräsidenten auf zwölf Jahre das österreichische **republikanische Grundprinzip beeinträchtigen**?
- Wer ist grundsätzlich zum Amt des Bundespräsidenten **wählbar**?

Was ist Verwaltung?

- im materiellen Sinn:

Verwaltung ist alles, was nicht Gesetzgebung oder Gerichtsbarkeit ist

- z.B.: sichert die Daseinsvorsorge:

Sozialversicherung, Verkehrseinrichtungen, Bildungs- und

Kultureinrichtungen, Krankenanstalten, Landesverteidigung, Gefahrenabwehr

(Polizei), Regulierung bestimmter Wirtschaftszweige (Energieversorger,

Telekommunikation), ...

- im formellen Sinn:

Tätigkeit von Verwaltungsorganen

Was zeichnet Verwaltungsorgane aus? (1/2)

- Legalitätsprinzip
 - Art 18 Abs 1 B-VG
 - Bindung der **Hoheitsverwaltung**
 - **Ermessensspielraum**

Die Bundesministerin für Inneres richtet telefonisch die Anordnung an die L.Reg. von OÖ, das Veranstaltungsbewilligungsansuchen ihres Neffen im Raum Steyr wohlwollend und beschleunigt zu bearbeiten.

- Wie ist diese **Anordnung** der Bundesministerin an die Landesregierung rechtlich zu qualifizieren?
- Muss sich die Landesregierung an die Anordnung der Bundesministerin halten und diese **befolgen**?
- Wann können bzw müssen **Weisungen** abgelehnt werden?
- Wie kann ein untergeordnetes Organ vorgehen, das **Bedenken** gegen die Rechtmäßigkeit einer Weisung hegt?

Was zeichnet Verwaltungsorgane aus? (2/2)

- Legalitätsprinzip
- hierarchisch organisiert
- Amtsverschwiegenheit und Auskunftspflicht
- Amtshilfe

Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung (1/2)

- Das Land Oberösterreich, Betreiber des Landestheaters Linz, kauft für die in einem Jahr anlaufende Oper „Tristan und Isolde“ Stoffe für die Kostüme der Darsteller.
- **Ist der Ankauf der Stoffe durch das Land Oberösterreich der Hoheits- oder der Privatwirtschaftsverwaltung zuzuordnen?**
- **Das Land Oberösterreich bezahlt dem Stoffhändler die Ware nicht vollständig. Wie könnte sich der Stoffverkäufer gegen das Handeln des Landes Oberösterreich wehren?**

Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung (2/2)

- Der Bund möchte für den Bereich des Fischereirechts einen Preis, dotiert mit EUR 1.500,- ins Leben rufen, um Fischzuchten, die den in den heimischen Gewässern selten gewordenen Fünffleckenbarsch ziehen, zu fördern. Bei Erfüllung sämtlicher Voraussetzungen soll der Preis mittels Fördervertrag vergeben werden.
- **Wie ist die Idee des Bundes aus kompetenzrechtlicher Sicht zu bewerten?**

Die derzeit amtierende Bundesregierung setzt sich aus Vertretern der SPÖ und der ÖVP zusammen.

- Kennt die österreichische Bundesverfassung Vorschriften zur **politischen Zusammensetzung** der Bundesregierung? Wie wird eine Regierung genannt, in der zwei oder mehrere Parteien zusammenwirken und mindestens eine Partei in Opposition ist?
- Wer müsste, einem **parlamentarischen Regierungssystem** entsprechend, die Bundesregierung bestellen? Wer ist dafür tatsächlich zuständig?
- Angenommen, der Bundespräsident ist mit der Arbeit der Bundesregierung bzw eines Bundesministers nicht zufrieden. Welche Möglichkeit hätte er?

Bundesgesetz über das Bankwesen (Bankwesengesetz), BGBl I 2010/37

- Aufgrund welcher **Kompetenzgrundlage** wurde das Bankwesengesetz erlassen?
- Können **organisatorische Landesbehörden** zur Vollziehung von Bundesangelegenheiten herangezogen werden?
- Für die Überwachung der Einhaltung des Bankwesengesetzes wurden eigene **Kontrollorgane** auf Bundesebene eingerichtet. Ist dies mit dem Grundsatz der mittelbaren Bundesverwaltung vereinbar?
- Wäre es theoretisch möglich, den Landeshauptmann und die ihm unterstellten Bezirksverwaltungsbehörden mit der Vollziehung des Bankwesengesetzes zu betrauen?

Der Bürgermeister von Gunskirchen liegt im Streit mit dem Bezirkshauptmann von Wels-Land. Uneinig sind sie darüber, wer nun zur Führung der Agenden der Landesverwaltung auf Bezirksebene Wels-Land zuständig ist.

- Wie beurteilen Sie diesen Streit?
- Für welche **Gebietskörperschaft** wird der Bezirkshauptmann unmittelbar / mittelbar tätig? Welcher Gebietskörperschaft ist er nur funktionell zugeordnet?
- Neben der Landesregierung und den Bezirksverwaltungsbehörden als sog. „Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung“ gibt es auch noch sog. „**Sonderbehörden**“. Ist die Sonderbehörde „Bundesdenkmalamt“ eine organisatorische Landes- oder Bundesbehörde?